



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch**

**Dirr, Pius**

**München [u.a.], 1925**

V. Auseinandersetzung mit Berlin

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

## V

Auseinandersetzung mit Berlin und Widerstände  
im Lande<sup>1)</sup>

Nr. I

**Reichskonferenz im Kongreßsaal des Reichskanzlerpalais  
am Montag, 25. November 1918**Auszug nach dem gedruckten Verhandlungsprotokoll <sup>2)</sup>

Die deutsche Staatenkonferenz, bei der Vertreter sämtlicher deutscher Länder anwesend sind, berät unter dem Vorsitz des Volksbeauftragten Ebert über die Lage des Reiches, über Wege zum Frieden und Wiederaufbau.

Über die auswärtige Politik erstattet Bericht der Staatssekretär Dr. Solf, über die Waffenstillstandsverhandlungen der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger.

Ersterer legt unter anderem auch dar, dass die französische Regierung den Ententesieg bis zur Zertrümmerung Deutschlands und seiner Einheit auszunützen gedenke, und dass die französische Diplomatie innerhalb der Entente anscheinend die Führung habe. Frankreich wolle trotz der Einheitlichkeit des deutschen Nationalkörpers eine Randstaatenpolitik betreiben. Er sagt dann:

Die gegenwärtigen Zustände in Deutschland, dauernde Übergriffe mehr oder weniger lokaler Behörden in die Befugnisse der Zentralgewalt, sowie das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage für diese, das jederzeit im Innern einem separatistischen Vorgehen einzelner Bundesstaaten als Vorbild dienen könne, erleichterten den Gegnern ihr

---

<sup>1)</sup> Die Originale der im folgenden Abschnitt mitgeteilten Aktenstücke sind, wo nicht anders vermerkt, im Ministerium des Äußern.

<sup>2)</sup> Im Ministerium des Äußern.



Spiel. Er zweifle nicht, dass der Rat der Volksbeauftragten die verderbliche Wirkung der Kontrollansprüche über die Zentralregierung in ihrer ganzen Tragweite überschaue. Beschlüsse wie die des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates, der die Beziehungen zur Sowjetregierung gegen die Politik der Reichsregierung allein und selbständig regeln wolle, die Veröffentlichung einseitiger Darstellungen aus den Akten der Reichs- und Staatsbehörden, die Verhaftung eines vom Auswärtigen Amte nach Wien geschickten Kuriers, das Erbrechen von Siegeln der Reichsregierung seien unerträglich. Werde dieser Zersetzung nicht sofort nachdrücklichst und mit durchschlagendem Erfolge entgegengetreten, so stehe zu befürchten, dass die separatistischen Tendenzen in Deutschland bald die Zentralgewalt derart überwucherten, dass die französische Politik zur Durchführung ihrer Absichten weder besonderer Geschicklichkeit noch besonderer Anstrengungen bedürfte. Auf die Weise grüben wir uns selbst das Grab. Auch der beste Wille des Präsidenten Wilson, auf den wir wohl noch bauen dürften, und selbst die besonnenen Elemente in England müssten dann schliesslich erlahmen. Damit schwände aber jede Aussicht auf den Frieden, vielmehr drohe dem Reiche völliger Untergang und der deutschen Nation die Vernichtung.

Der Staatssekretär, der in der Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse ein „unüberwindliches Friedenshindernis“ erblickt, richtet einen Appell an die versammelten Staatenvertreter, die Zentralgewalt des Reiches zur selbständigen Leitung der Reichsgeschäfte und insbesondere zur alleinigen Führung der auswärtigen Politik in den Stand zu setzen und einen möglichst frühen Termin für die konstituierende Nationalversammlung anzukündigen.

Die Verhandlungsniederschrift verzeichnet folgende Einwendungen des bayerischen Ministerpräsidenten gegen diese Darlegungen und gegen die Ausführungen Erzbergers über den Waffenstillstand:

Eisner (Bayern) findet, das, was die Referate gebracht hätten, konnte auch vor zwei oder drei Monaten gesagt werden. Die Berichterstatter hätten der Meinung Ausdruck gegeben, dass wir auf Gnade und Ungnade den imperialistisch erhitzten Mächten ausgeliefert seien, so dass selbst der Präsident Wilson nicht mehr imstande sei, mildernd und besänftigend zu wirken. Und die Schilderung Herrn Erzbergers habe nur den Eindruck bestätigt, dass Marschall Foch ungefähr ebenso verhandelt habe wie 1870 Bismarck. Herr Erzberger gab der Meinung Ausdruck, die Entente schicke sich an, einen Vorwand zu suchen, um einen neuen Krieg zu entfesseln, während er zwischen durch die Bemerkung habe einfließen lassen, dass Clémenceau, nach



Meinung der Herren Solf und Erzberger zweifellos der grösste Chauvinist, sogar bereit sei, Deutschland mit Lebensmitteln zu unterstützen. Das sei die unerhörte Grausamkeit der Entente! Man brauche sich doch nur an die Bismarcksche Politik von 1870 zu erinnern, an die Aushungerung von Paris und all die übrigen brutalen Methoden der deutschen Kriegführung, der Deportation und der Aushungerung, um in Erstaunen zu geraten über die Grossmut der feindlichen Mächte, die uns, die am Weltkriege allein Schuldigen, mit Lebensmitteln zu versorgen bereit sind.

Es liege ihm fern, die Probleme, die uns gegenwärtig beschäftigten, in ihrer ganzen Tiefe und Furchtbarkeit zu erörtern. Aber wenn man zu einem Frieden der Verständigung, nicht der Unterwerfung kommen wolle, dann sei es notwendig, nicht Männern die Leitung der Geschäfte in Deutschland zu übertragen, die während der viereinhalb Kriegsjahre kompromittiert seien durch die Regierungspolitik, die uns in den Abgrund gestürzt habe. Das gelte insbesondere von der Entsendung des Herrn Erzberger als Bevollmächtigter zu den Waffenstillstandsverhandlungen. Hier müsse jetzt rückhaltlos die Wahrheit gesagt werden. Herr Erzberger habe jene Vergiftung der öffentlichen Meinung organisiert, die uns in der ganzen Welt isoliert und so verhasst gemacht habe. Und Herr Solf, ein Diplomat, halte es in der gegenwärtigen Situation für angebracht, nur mit Herrn Wilson zu verhandeln und somit gewissermassen die Leiter der übrigen feindlichen Mächte für minderwertig zu erklären. Derartiges sei geeignet, die letzten Aussichten auf einen einigermaßen günstigen Frieden hinfällig zu machen. Wenn die Herren Solf und Erzberger die Absicht hätten, die Schuldigen des alten Systems dadurch zu retten, dass sie den Zorn und die Wut des Volkes auf jene erbarmungslosen Feinde ablenkten, die uns mit Lebensmitteln versorgen wollten, dann könnten sie nicht anders handeln. Das sei nicht Revolution, sondern Gegenrevolution. Zwar sei er nicht über die Stimmung in der Ententepresse unterrichtet, da er seit vierzehn Tagen grundsätzlich keine Zeitungen lese; dafür habe er aber direkte Berichte von zuverlässigen Mitarbeitern.<sup>1)</sup>

Die Entente verlange einmal mit einer Regierung zu verhandeln, die kein Ausdruck des alten Systems sei. Diese Forderung sei durchaus berechtigt. Man müsse wünschen, dass alle kompromittierten Vertreter des alten Systems so schnell als möglich den Weg nach Holland finden, soweit sie nicht als Landesverräter zu verhaften seien. Es sei unbegreiflich, dass Leute wie Zimmermann und Jagow noch frei herumlaufen. Man brauche neue, unbelastete Männer, die nach seiner Überzeugung von der Entente das erreichen würden, was den alten nicht gelungen sei.

---

<sup>1)</sup> Vgl. für das Folgende Foersters und Herrons Berichte aus der Schweiz; Abschnitt III, Nr. 4, 6, 8, 9, 11, 12, 16—18, 23.



Die zweite Forderung der Entente gehe dahin, dass Männer an der Spitze Deutschlands stehen, die das Vertrauen der Massen geniessen. Dieses Vertrauen könnten nur unbelastete Männer finden. So seien die Bedingungen der Entente nicht nur die Vorbedingungen eines günstigen Friedens, sondern auch der inneren Erneuerung Deutschlands. Die Gesandtschaftsberichte stellten noch Rückstände aus der bestellten Arbeit der früheren Machthaber vor. Not tue jetzt eine Reichsregierung, die wisse, was sie wolle, und die entschlossen sei, demokratische und sozialistische Politik ungehemmt zu treiben. Von diesem Gesichtspunkt aus mache er folgenden Vorschlag:

Deutschland brauche ein provisorisches Präsidium, das an die Stelle des halb aufgelösten Bundesrats zu treten habe und aus neuen, unbelasteten Männern bestehen müsse. Dieses Präsidium müsste die Aufgabe haben, alle Verhandlungen mit der Entente zu führen. Nur auf diese Weise würden die separatistischen Strömungen verhindert, die sich jetzt stärker als je durchzusetzen versuchten. Nichts sei heute volkstümlicher als der Ruf: Los von Berlin! Los von Preussen! Er selbst stemme sich gegen diese Bestrebungen; aber diese Loslösungsbestrebungen seien nicht nur in den süddeutschen Staaten vorhanden, sondern auch in den westlichen Gebieten Preussens. Einer solchen verhängnisvollen Politik könne nur durch eine revolutionär bestimmte, in Zielen und Personen unverdächtige Körperschaft entgegengetreten werden, die die Verhandlungen mit dem Feinde zu führen hat. Nur so könne man zu einer Verständigung mit der Entente und zu ihrem Beistande gelangen, ohne den Deutschland untergehen müsse. Man solle deshalb reinen Tisch zu Hause machen, dann könne man zu einer neuen Zeit der Versöhnung der Völker gelangen und zu einem Frieden, wie wir ihn brauchen.

Diese Ausführungen finden bei verschiedenen Vertretern in einzelnen Punkten Zustimmung, stossen aber bei anderen auf lebhaften Widerspruch. Er richtet sich auch gegen die bayerische Aktenveröffentlichung, von der Scheidemann sagt, sie habe für Deutschland gewirkt wie ein Keulenschlag. Gegen die bisherige Führung der auswärtigen Politik durch Solf wenden sich mit Eisner auch die Beigeordneten im Auswärtigen Amte, Karl Kautsky und Bernstein.

Die bayerischen Vorschläge, ein besonderes Reichsregiment für die Führung der auswärtigen Politik einzusetzen, finden keinen Anklang. Die grosse Mehrheit hält den Rat der Volksbeauftragten als oberste Reichsleitung für geeignet und für fähig, die Verhandlungen über den Vorfrieden einzuleiten. Im übrigen will sie die baldige Wahl einer konstituierenden



Nationalversammlung, um dem Reiche eine neue Verfassung und eine voll verhandlungsfähige Regierung zu geben.

Der bayerische Ministerpräsident greift wiederholt in die Erörterung ein. Separatismus und Partikularismus überwinde man am besten durch Selbstbestimmung der Gliedstaaten. Er regt die Bildung einer provisorischen deutschen Nationalversammlung nach dem Muster der bayerischen an, die auf die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gegründet sei, und verlangt, dass das Auswärtige Amt von völlig unbelasteten Personen, von radikalen Sozialisten, verwaltet werde, da man dann leichter zum Frieden komme. Die Reichsregierung will er einer gründlichen Umgestaltung unterziehen. Er wiederholt seinen Vorschlag, eine Art provisorisches Reichspräsidium aus fünf bis sieben Personen zu schaffen, die sowohl Vertreter der Reichsregierung wie der Bundesstaaten sein könnten. Diese Körperschaft solle dann die Verhandlungen mit den Verbandsmächten führen.

„Es sei ihm mitgeteilt worden, dass die Vertreter der Entente erklärt hätten, jedes sozialistische Regime, auch das radikalste, sei ihnen recht, nur müsse es eine Regierung sein, die regierungsfähig sei und die Massen hinter sich habe. Seines Wissens seien die Waffenstillstandsbedingungen schon in dem Augenblicke gemildert worden, als im Auslande bekannt geworden sei, dass es in Deutschland revolutionär gäre. Die späteren chauvinistischen Strömungen rührten erst seit den unglücklichen Noten des Auswärtigen Amtes und des Generalfeldmarschalls Hindenburg her. Herr von Hindenburg möge ja ein ausgezeichnete Feldherr sein, aber er solle doch wirklich endlich aufhören, zu telegraphieren und Kundgebungen zu erlassen. Er bitte die jetzige Reichsregierung, in dem Sinne der Note zu wirken, die er gestern amtlich in Bayern habe verbreiten lassen. . .<sup>1)</sup>“

<sup>1)</sup> Sie lautete:

München, 23. November 1918

Der bisherige Generalfeldmarschall Hindenburg erlässt in letzter Zeit wiederholt Kundgebungen, die geeignet sind, aufs empfindlichste die bevorstehenden Friedensverhandlungen zu stören.

Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern nimmt Anlass, gegen diese ebenso unglückliche wie unzulässige Einmischung des bisherigen Generalfeldmarschalls in die Politik entschieden Protest einzulegen. Es ist nicht mehr an der Zeit, den im deutschen Volke angesammelten Zorn auf das feindliche Ausland ablenken zu wollen.

Der Ministerpräsident Kurt Eisner



Es gebe nur zwei Wege: Entweder gehe Deutschland in kürzester Zeit zugrunde, denn wie es mit unseren Rohstoffen und Lebensmitteln steht, sei bekannt, oder man versuche offen und ehrlich in voller Aufrichtigkeit und Wahrheit ohne die schädlichen Mittel der alten Diplomatie einen Frieden zu schaffen, der die erste Aktion des Völkerbundes sei. Der neue Friede werde den Völkerbund nicht schaffen, sondern der Völkerbund solle bereits der neue Friede sein. Wer aus dem Süden nach Berlin komme, der erschrecke beinahe über den Geist, der hier herrsche. Man sehe eine neue Welt erstehen und hier finde man eine Ratlosigkeit und einen allgemeinen Katzenjammer in der Bevölkerung“.

Zum Schlusse anerkennt die Staatenkonferenz als Richtpunkte für die Führung der Reichsgeschäfte: Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands in der deutschen Republik und die Bekämpfung separatistischer Bestrebungen; Vorbereitung der Nationalversammlung, bis zu deren Zusammentritt die Räte als Repräsentanten des Volkswillens gelten, und die schleunige Herbeiführung eines Vorfriedens durch die bestehende Reichsleitung der Volksbeauftragten.

Über die Vorschläge des bayerischen Ministerpräsidenten wird nicht weiter verhandelt.

Nr. 2

**Der bayerische Bevollmächtigte beim Reich an den  
Rat der Volksbeauftragten (Reichsregierung)**

Berlin, 27. November 1918

Es hat sich gezeigt, dass die führenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes immer noch vom Geiste des alten Systems beherrscht sind und so, getreu den Methoden dieses Systems, im höchsten Masse die Interessen Deutschlands schädigen. Unsere Lage ist augenblicklich so, dass wir, versagt uns die Entente ihre Beihilfe, in kürzester Zeit in den Abgrund einer fürchterlichen Hungersnot versinken. So ist es dringend geboten, dass die Entente mit Männern verhandelt, die nicht mit den Makeln des alten Systems behaftet sind, und denen sie volles Vertrauen entgegenbringen kann. Dass die Entente nicht an eine Vernichtung des deutschen Volkes denkt, zeigt die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten bereit sind, uns mit Nahrungsmitteln zu versehen. Um so reichlicher wird aber sicherlich diese Beihilfe fließen, je mehr die führenden Männer Deutschlands Vertreter eines neuen, vertrauenerweckenden Geistes



sind, und auch von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, wird der Rücktritt der Vertreter einer Zeit verlangt, über die ein furchtbarer Richterspruch schon gefällt ist. Sollte diesen Vorstellungen kein Gehör geschenkt werden, so wird die bayerische Regierung die Beziehungen zum Auswärtigen Amt abbrechen.

Nr. 3

### **Der Ministerpräsident an die Gesandtschaft in Berlin**

Telegramm München, den 26. November 1918, 12<sup>00</sup> nachts.

Ich bitte, das folgende in der Wilhelmstrasse bekanntzugeben und die Redaktion der „Freiheit“ davon zu informieren:

Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden des Auswärtigen Amtes fortzusetzen und das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Äußern des Volksstaates Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzulehnen.

Kurt Eisner

Nr. 4

### **Kundgebung des Münchner Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats an den Vollzugsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats in Berlin**

München, 27. November 1918

Der Vollzugsausschuss des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates entnimmt aus den Verhandlungen der Konferenz der Vertreter der Deutschen Republiken mit Entrüstung die unerhörte Tatsache, dass noch immer die kompromittiertesten Vertreter des bisherigen Systems, die Herren Erzberger, Solf, David und Scheidemann den entscheidenden Einfluss besonders in der auswärtigen Politik ausüben. Wir verlangen die sofortige Beseitigung dieser konterrevolutionären Elemente und fordern den Arbeiter- und Soldatenrat in Berlin auf, mit allen Mitteln den Sturz einer Regierung herbeizuführen, die weiterhin solchen Personen eine entscheidende Stellung einräumt.



Nr. 5

**Die bayerische Gesandtschaft in Bern an das Ministerium  
des Äussern (für Gesandten Foerster)**

Telegramm Bern, den 27. November 1918; 5<sup>20</sup> nachm.

Julius mitteilte, amerikanischer Gesandter leugnet, dass Weigerung Foch, Milderung in Demobilisierung zu gewähren, Absicht von Wiederaufnahme Feindseligkeiten bedeute. Französische Regierung denke selbst nicht daran: Amerikaner würden es auch nicht zulassen.

Bayerische Gesandtschaft

Berchem

Nr. 6

**Der bayerische Ministerpräsident an den Bevollmächtigten in Berlin**

München, Ende November 1918<sup>1)</sup>

Ich erfahre authentisch, dass die Behauptung, Frankreich hat die Absicht, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, völlig unwahr ist. Es ist dringend notwendig, dass von Berlin aus sofort dem Pressetreiben gegen die Entente auf jede Weise ein Ende bereitet wird. Das Auswärtige Amt muss unverzüglich von den Elementen, die diese Pressetreibereien alten Stils organisieren, gereinigt werden, wenn überhaupt Aussicht bestehen soll, zum Frieden zu kommen. Ich bitte diese Mitteilung, deren grossen Ernst ich betone, der Reichsregierung zu übermitteln.

Nr. 7

**Die Bevollmächtigten der bayerischen Arbeiter-, Soldaten-  
und Bauernräte in Berlin an den Ministerpräsidenten  
Eisner**

Telegramm Berlin 9, den 30. November 1918; 4<sup>40</sup> nachm.

Heute nachmittag 3 Uhr Sitzung der Soldatenräte Grossberlins. Unser Soldatenvertreter Haeterle abgibt folgende von Dr. Muckle

<sup>1)</sup> Ohne bestimmtes Datum.



mit uns gemeinsam verfasste Erklärung, da Verhältnisse hier sowohl Soldatenrat wie Vollzugsausschuss durchaus unklar: Ich stehe hier als Vertreter der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Ich habe folgendes zu erklären: Wird nicht der Vollzugsrat aufrecht erhalten als Kontrollorgan der Regierung gegenüber, so ist die ungeheure Gefahr der Gegenrevolution vorhanden. Wir Bayern haben die Revolution nicht als Kinderspiel vollbracht, es war uns vielmehr furchtbarer Ernst. Wir verlangen deshalb, dass im Norden, in Preussen kein Mittel unversucht gelassen wird, um die Ergebnisse der Revolution für alle Zeiten zu sichern. Wir verlangen deshalb neben der Aufrechterhaltung des Vollzugsrats, dass alle Vertreter des alten Systems im Auswärtigen Amt sofort entfernt werden, weil die feindlichen Regierungen mit diesen vertrauensunwürdigen Leuten keinen Frieden schliessen werden. Wir sind deshalb zu der Forderung gezwungen, dass die revolutionären Gruppen Deutschlands sich zu einer festen Einheit zusammenfinden, dass der Bruderkampf in dieser tiefensten Stunde aufhört, dass vor allem hier in Berlin sofort eine Klärung eintrete. Sollten diese Bedingungen nicht in der allernächsten Zeit erfüllt werden, so sieht sich das bayerische Volk gezwungen selbst zu handeln und Schritte zur Erreichung des Zieles für ganz Deutschland zu unternehmen, da es weiss, dass seine Regierung das Vertrauen des Auslandes besitzt.

Breitenbach. Jakobi

Nr. 8

**Die Bevollmächtigten der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in Berlin an das Ministerium des Äussern**

Dringendes Telegramm Berlin, den 30. November 1918; 4<sup>40</sup> nachm.

Hiesige Verhältnisse erfordern schleunigste Konsolidierung Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates Bayerns. Dränget Aktionsausschuss zu schleuniger Terminsetzung für Zuwahl.

Breitenbach. Jakobi

Nr. 9

**Der Gesandte in Berlin an den Ministerpräsidenten**

Telegramm Berlin, den 30. November 1918; 4<sup>40</sup> nachm.

Habe als einziger gegen rasche Einberufung der Nationalversammlung protestiert. Suche Unabhängige und Mehrheitssozialisten zu versöhnen. Cohn billigt meinen Plan. Wilbrandt, der in Berlin, lehnt ab, zudem Neurastheniker. Erkennt Schweizer Regierung Foerster an?

Muckle



Nr. 10

**Hessen gegen Bayern**

Pressemitteilung

Darmstadt, den 30. November 1918

Das Staatsministerium der Republik Hessen protestiert gegen den vom bayerischen Ministerpräsidenten und Ministerium des Aussern für Bayern angeordneten Abbruch der Beziehungen zum Auswärtigen Amt in Berlin. Es sieht darin eine Gefahr für die Einheit des Reiches und befürchtet, dass dadurch der Separatismus gefördert werden könnte. Es erwartet von dem Gesamtministerium Bayerns, dass es seinen Ministerpräsidenten veranlasst, den verhängnisvollen Schritt rückgängig zu machen, denn das nationale Interesse aller Deutschen erfordert dringend, die engste Einheitlichkeit aller deutschen Stämme bei den Friedensverhandlungen aufrechtzuerhalten.

Nr. 11

**Aus der Rede des Ministerpräsidenten in der Landestagung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, 28. November 1918**

Nach dem Stenographischen Bericht

Ich kam nach Berlin als Vertreter Bayerns und sah da zu meiner grossen Überraschung, dass in Berlin die Konterrevolution nicht droht, sondern dass sie ruhig regiert. Die Konterrevolution regiert in Berlin ganz gemütlich, als ob gar nichts geschehen wäre. Als ich das sah, da holte ich aus meiner Aktenmappe jenes Schriftstück, durch das nun der letzte Schleier von den Geheimnissen dieses Weltkriegs gerissen wird, jenen Bericht des Vertreters des Grafen Lerchenfeld, des Herrn von Schön, an den Grafen Hertling, in dem nun in aller Behaglichkeit auseinandergesetzt wird, wie man beabsichtigte, den Weltkrieg zu entfesseln. Damit wollte ich die Konterrevolution, die regierende Konterrevolution in die Luft sprengen. Ich habe dann diese Arbeit fortgesetzt in der Versammlung der Vertreter der deutschen Republiken und ich hatte das Glück, unmittelbar neben Herrn Erzberger und Herrn Solf zu sitzen. Ich habe mit aller Höflichkeit, die ich in solchen Fällen zu entwickeln pflege, ihnen die Wahrheit gesagt, so sehr die Wahrheit gesagt, dass ich erwartete, dass sie verschwinden würden. Als das auch noch nicht half, habe ich erklärt, dass ich mit Herrn Solf und den Seinen überhaupt nicht mehr verhandle. Das ist mir bitter ernst. Die Dinge liegen doch so: Der Hass gegen Berlin wächst, nicht gegen die Berliner Arbeiter, nicht gegen das Berliner Volk, sondern



gegen das Hauptquartier des Weltkriegs. In Berlin ist das Verbrechen ausgekocht worden und deshalb der Hass gegen Berlin, und ich, der ich dringend wünsche, dass diese Zersetzung Deutschlands nicht zu einer endgültigen Auflösung Deutschlands führe, sondern dass wir beisammen bleiben — ich bin der festen Überzeugung, dass zunächst einmal die Einzelstaaten sich ihrer eigenen Haut wehren müssen, so lange, bis wir wieder zusammen aktionsfähig werden. Wir können nicht mit dem alten System weiterarbeiten. Wir wissen, unser Freund Karl Kautsky sitzt im Auswärtigen Amte, aber Herr Solf treibt Politik auf eigene Faust und Karl Kautsky erfährt nicht einmal davon, was im Auswärtigen Amte geschieht. Ich habe den Eindruck, dass in Berlin unter dem Drucke des langen Krieges in dem Erschöpfungszustande der elenden Ernährungsverhältnisse beinahe die gesamte Bevölkerung so sehr zerrüttet und geschwächt ist, dass dort sich keine Entschlusskraft mehr findet. Man hat bisweilen den Eindruck, dass in Berlin geträumt und nicht gehandelt wird und deshalb war es meine Absicht, von hier aus, wo wir vielleicht unter dem Einflusse der Höhenluft noch etwas frischer und kräftiger sind, von hier aus auch etwas frische Luft nach Berlin zu importieren. Meine Herren! Sie können diese Lage als gar nicht ernst genug betrachten. Was im Auswärtigen Amte sitzt, ob es nun alldeutsch ist oder ob es seit mehr oder minder kurzer oder langer Zeit für den Verständigungsfrieden gewirkt hat, das ist ganz gleich, diese Herren sind Vertreter des alten Systems und in ihren Händen ist noch der gesamte Apparat der öffentlichen Meinung, der Presse des In- und Auslandes. Der funktioniert noch genau so wie während des Krieges.

Überall sitzen die Agenten, in Bern, im Haag, in Kopenhagen, in allen Zeitungen Deutschlands und des neutralen Auslandes und versuchen ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen, alles durcheinanderzubringen, vor allem um sich selber zu retten. Sie finden jetzt die Presse angefüllt von Mitteilungen über die Absichten der Entente. Bald marschirt die Entente in Berlin ein, bald in München, bald verwüsten schwarze Horden die Pfalz . . . . Das Spiel, das gegenwärtig im November 1918 getrieben wird, ist nicht minder ruchlos als das Spiel, das im Juli und August 1914 getrieben wurde. Die bankerotten Politiker, die die neuen revolutionären Organisationen beseitigen wollen, scharen sich um das Banner der Nationalversammlung und die verbrecherischen Politiker, die den Weltkrieg gemacht und fortgesetzt haben und die uns in den Abgrund gestürzt haben, die versuchen heute nochmals, den Hass und den Zorn des deutschen Volkes gegen die Entente zu schüren, damit man sie selbst und ihre Armseligkeit vergisst.

Ich habe mir das Missfallen zugezogen dadurch, dass ich neulich eine Note gegen Hindenburg erlassen habe<sup>1)</sup>; das hat sehr viele

<sup>1)</sup> Siehe V, 1.



sanfte Gemüter verletzt. Ich wusste aber genau, was ich tat. Heute bin ich aus dem Hauptquartier antelephoniert worden und man hat mir mitgeteilt, dass der alte Generalissimus Hindenburg sehr verletzt wäre durch diesen gänzlich unerwarteten Angriff. Bei dieser Gelegenheit habe ich dann erreicht, was ich erreichen wollte. Es ist telephonisch festgestellt, dass auch diese Kundgebung, die den Namen Hindenburgs trägt, im Auswärtigen Amte in Berlin, wenn nicht geschrieben, so veranlasst ist. Ich habe dem Generalissimus Hindenburg telephonirt, er sei ein Opfer der Berliner Politik geworden, und man hat mir versprochen, dass man künftig im Hauptquartier in politischen Dingen noch vorsichtiger sein werde als schon bisher.

Meine Herren! Sie sehen hier an dieser einen Tatsache ein Beispiel der neuen Politik, die keine Geheimdiplomatie mehr kennt, sondern nur mehr mit der Wahrheit arbeitet. Sie sehen daraus, wie schnell es möglich ist, durch einen etwas kühnen Vorstoss den Feind aus seinen Schlupfwinkeln herauszuholen.

Wenn ich als Minister des Äussern erklärt habe, dass ich mit dem Auswärtigen Amte in Berlin nicht mehr verkehre, so habe ich es im Bewusstsein getan, dass dort das Nest ist, das ausgeräuchert werden muss, wenn wir zum Frieden kommen wollen. Ich habe heute aus Bern von der bayerischen Gesandtschaft, und zwar nicht von unserem Gesandten, der gegenwärtig in München ist, sondern von seinem Vertreter, also einem von dem alten Personal, die Mitteilung erhalten, dass ihm authentisch versichert worden sei, dass keine Rede davon sein könne, dass die Entente daran denke, was ja in den letzten Tagen in der deutschen Presse zu lesen war, wieder einen Krieg mit uns anzufangen. . . . .

Nein, meine Herren, ich verbürge mich dafür: In dem Augenblicke, wo in Deutschland eine aktionsfähige Regierung ist, die das Vertrauen genießt, dass sowohl die Massen hinter ihr stehen, als dass sie nun ehrlich und offen Frieden schliessen will, im selben Augenblick haben wir den Frieden. Und gleichgültig, wie man über diese Frage denken mag: Wir müssen in Deutschland den Frieden haben. Wir müssen jeden Weg gehen, um den Frieden zu haben.

Meine Herren! Ich möchte Ihnen noch ein Beispiel geben von der Verruchtheit jener Treibereien, die aus dem Auswärtigen Amte stammen. Vor ein paar Tagen lief durch die Presse die Mitteilung, dass die Mitteilung unseres Freundes Haase über die Lebensmittelnot nicht richtig sei; in Berlin, im Lebensmittelministerium des Genossen Wurm, sei man nicht so pessimistischer Anschauung. Solche Mitteilungen müssen also in den ehemals feindlichen Ländern den Verdacht erwecken, dass es in Deutschland noch nicht so schlimm steht, wie es in Wirklichkeit der Fall ist. . . Und die Folge von solchen Ausstreuungen ist, dass man in Frankreich, in England, in Amerika, in Italien meint, dass nun wieder überhaupt alles bei uns Schwindel ist. Die ganze Revolution wird für einen Schwindel gehalten, nur für eine Maskerade des alten Systems. . .



So wirken diese Dinge im Auslande. Nun meine Herren, wir wissen, dass wir eine Revolution gehabt haben, und wir wissen auch, dass die Herren, die gestern regierten, nicht wiederkommen werden. Wir in Bayern haben Vertrauen. Es ist uns bereits gelungen mit der tschechischen Republik in Verbindung zu treten. Wodurch haben wir das erreicht? Nur dadurch, dass wir in vollkommener Offenheit verhandelt haben. So kommen wir auch nur zum Frieden. Aber in Berlin ist keine Regierung, die Frieden schliessen kann. Auch eine Nationalversammlung, die einberufen würde, würde keine Regierung schaffen, die fähig wäre, den Frieden zu schliessen. Was notwendig ist in Berlin, ist, dass die Massen sich rühren und ihrerseits eine aktionsfähige Regierung einsetzen. Bis dahin wird München allerdings der Vorort von Deutschland sein müssen.

Meine Herren! Die amtlichen Berichte, die uns in Berlin vortragen worden sind, lassen keinen Zweifel darüber, dass, wenn wir nicht sofort von der Entente Lebensmittel bekommen, wir untergehen. Wir verhungern. . . . Liegen die Dinge so, dann können Sie ermessen, welcher verbrecherische Wahnsinn dazu gehört, heute noch diese Treibereien gegen die Entente fortzusetzen, mit Protestkundgebungen wegen Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen wie Herr Erzberger zu arbeiten, und alles nur von einer kleinen Horde von Menschen, die für ihre Existenz fürchten und die am Leben bleiben wollen und deshalb heute noch die ganze Welt in Unordnung bringen.

Das, meine Herren, wollte ich Ihnen heute sagen und das ist der Sinn meiner Aktion gegen Berlin; ich habe nicht den Zweck, Bayern loszulösen vom Reiche, sondern handle aus der Erkenntnis, dass, wenn die Massen in Berlin nicht aufwachen und eine neue Regierung der auswärtigen Angelegenheiten schaffen, wir nicht zur Ruhe und nicht zum Frieden kommen. Deshalb versuche ich von hier aus, jetzt das Notwendige, das Notwendigste zu tun. Ob es gelingt, dass weiss ich nicht. Aber wir haben keinen anderen Weg, wir müssen zum Frieden kommen und ich appelliere an dieser Stelle an die Völker der Entente. Wir wollen nicht als Bittsteller kommen, nicht als Bettler, das tun wir nicht, wir kommen als Menschen, die das Bewusstsein haben, dass wir aufgeräumt haben hier in Bayern mit den Verantwortlichen des alten Systems. Wir kommen mit reinen Händen. Wir, die wir die Regierung hier leiten, haben von Anfang des Krieges an gegen die Kriegspolitik gekämpft, unter persönlichen Opfern, mit Hintansetzung aller Interessen, im Kampfe gegen die eigene Regierung bis zum Tode entschlossen. Deshalb dürfen wir so zur Entente reden: Wir sind Menschen, wir sind Vertreter von 70 Millionen Menschen, die leben wollen. Euere Pflicht drüben, ihr, unsere „Feinde“, ist jetzt, zu vergessen und mit uns gemeinsam zu arbeiten und die neue Welt aufzubauen.

Meine Herren! Zum Schlusse — und das will ich auch, ich weiss nicht, ob es gehört wird, über die Grenze hinübrufen — : Man



fürchtet sich drüben vor dem Bolschewismus, wie man sich auch bei uns fürchtet. Diese Furcht ist entstanden dadurch, dass wir Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gebildet, also das russische Beispiel in dieser Hinsicht nachgeahmt haben. Aber, meine Herren, wir, die wir ja Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte bilden, wir wissen ganz genau, dass wir die russischen Methoden weder angewandt haben noch die russischen Ziele verfolgen. Russischen Bolschewismus gibt es nicht in Deutschland, vielleicht mit Ausnahme einiger Phantasten. Wir glauben nicht, dass auf russischem Wege das Ziel erreicht werden kann, das uns vorschwebt, die Demokratie und die sozialistische Gesellschaft. Wir glauben nicht, dass es uns möglich ist, die Produktion in dem Augenblicke zu vergesellschaften, wo die Produktion vollständig zerrüttet ist. . . .

Wir wollen durch Arbeit, unmittelbare schöpferische Tätigkeit den Wiederaufbau Deutschlands so rasch wie möglich im Interesse der Gesamtheit zu Ende bringen und zu dieser Arbeit müssen uns die Völker drüben helfen.

Ich habe den festen Glauben, wenn erst jene Elemente ausgetilgt sind, die noch von gestern übriggeblieben sind, dann kommen wir zu diesem Ziele. . . Deshalb zunächst der Kampf mit allen Konsequenzen gegen die Berliner Regierung, soweit sie vertreten ist im Auswärtigen Amte; zweite Aufgabe: sofortiger Frieden. Das wird die Aufgabe der bayerischen Regierung sein, zu versuchen, ob das ihr möglich ist, wenn Berlin versagt. Kein Separatfrieden, sondern der Versuch, für ganz Deutschland den Frieden zu bewirken.

Nr. 12

**Auseinandersetzung im Landessoldatenrate. 30. November bis 3. Dezember 1918.**

Auszug nach den Stenographischen Berichten

In seiner Eröffnungsrede wiederholt der Ministerpräsident im wesentlichen die am 28. November in der Sitzung des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates ausgesprochenen Gedanken. Doch wird an seiner Politik nun lebhaft Kritik geübt, meist von Vertretern aus der Provinz. (Reden von Müller, Höllenreiner, Leutnant Nieberl, Brenner-Augsburg, Kothieringer-Augsburg, Weigel-Erlangen, Prem, Henne-München, Lang-Kissingen.)

Die Redner verweisen auf die Gewaltpolitik der Entente mit ihren vernichtenden Wirkungen für Deutschland, erklären



es für unmöglich, einen Separatfrieden zu schliessen und geben der Anschauung Ausdruck, dass nur eine konstituierende deutsche Nationalversammlung in der Lage sei, den Frieden herbeizuführen. Sie bezweifeln, dass die gutgläubige Zuversicht des Idealisten Eisner berechtigt sei. Sie wünschen dokumentarische Unterlagen dafür zu sehen, dass der von ihm unternommene Versuch, mit der Entente in Verhandlungen zu kommen, Aussicht habe. Der Ministerpräsident habe hierüber keine Sicherheit geben können, er müsse aber doch durch den Gesandten Foerster in der Schweiz informiert sein, wie sich die Entente zu ihm stellen wolle.

Gegen das Schuldbekenntnis und die Aktenveröffentlichung werden ernstliche Einwendungen erhoben. Es sei verfehlt und politisch zwecklos, da die Entente es nicht in dem gewünschten Sinne aufgenommen habe.

Der Bruch mit der Reichsleitung erregt Beunruhigung und Widerspruch, ebenso die damit in Zusammenhang stehende überscharfe Kundgebung des Vollzugsausschusses des Münchener Arbeiter- und Soldatenrates gegen sozialistische Mitglieder der Reichsregierung. Man befürchtet von alledem Gefahren für die Reichseinheit.

Es wird auch angeführt, dass Eisner selbst nicht völlig unbelastet erscheine, da er im Augenblicke des Kriegsausbruches im August 1914, wenn auch nur vorübergehend, für die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie eingetreten sei. Ferner wendet sich ein Redner gegen die „Kabinettpolitik“, von der die Räte nicht unterrichtet worden seien. Auch darauf wird hingewiesen, dass der Gesamtministerrat sich über die Methode der auswärtigen Politik keineswegs einig sei.

Dem gegenüber bleiben die Münchener Vertreter (Schröder) dabei, dass der Friede über Bayern kommen werde. Man werde ohne Nationalversammlung zu einem Präliminarfrieden gelangen, wenn eine Regierung wie die bayerische mit reinen Händen die Verhandlungen aufnehme, auf der Grundlage des Vertrauens, das sie bei den bisherigen Feindstaaten zu geniessen in der Lage sei.

Die vom Landessoldatenrat bestellte Kommission für auswärtige Angelegenheiten berichtet nach persön-



licher Aussprache mit dem Ministerpräsidenten und nach Einsichtnahme in die schriftlichen Unterlagen wie folgt:

Die Kommission ist zunächst auf Grund der persönlichen Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten zu der Überzeugung gekommen, dass Eisner eine durchaus ehrliche Friedenspolitik treibt. Die Unterlagen, die er uns mitteilte, lassen die Aussicht begründet erscheinen, dass die Entente mit ihm in Verhandlungen über einen Vorfrieden eintreten wird. Feste Zusicherungen über das Gelingen seiner Bemühungen können heute noch nicht gegeben werden. Die Kommission glaubt jedoch, dass bei der hohen Wichtigkeit des angestrebten Zieles ein Versuch auf der Eisnerschen Grundlage nicht unterlassen werden darf. Eisner geht hier von der Voraussetzung aus, dass die deutsche Nationalversammlung den Vorfrieden zu bestätigen habe.

Am Abend des 2. Dezember folgt eine von Eisner verlesene Erklärung des Gesamtministeriums. Sie erhebt den staatlichen Wiederaufbau Deutschlands auf föderativer Grundlage zum Programmpunkt und übernimmt dem Auslande gegenüber die Bürgschaft, dass das neue bayerische Staatswesen sich in Ruhe entwickeln werde. Die Methode des Terrors und der privaten Expropriation wird abgelehnt, jedoch die Entwicklung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu mitwirkenden Körperschaften in der neuen Ordnung anerkannt. Abschaffung der stehenden Heere in aller Welt und baldige Einberufung der bayerischen Nationalversammlung bilden die Schlusspunkte.

Noch am gleichen Tage macht der Ministerpräsident auf Grund dieser Verhandlungen der Reichsleitung den unter Nr. 13 folgenden Vorschlag

Nr. 13

**Bayerischer Antrag an die Reichsregierung auf eine neue Staatenkonferenz.**

Telegramm

München, den 2. Dezember 1918

Der Ministerrat des Volksstaates Bayern ist einstimmig der Meinung, dass sofort eine Konferenz der Vertreter der deutschen Regierungen nach Jena oder einem anderen zentral gelegenen Orte einberufen wird, in der eine programmatische Kund-



gebung der äusseren und inneren Politik zu vereinbaren ist. Zu den unerlässlichen Programmpunkten gehören die Fragen der Nationalversammlung, der Besetzung des Auswärtigen Amtes in Berlin und der Aktenveröffentlichungen. Die Konferenz soll je nach der Grösse der Bundesstaaten aus 1 bis 3 Mitgliedern zusammengesetzt werden.

Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern:

Kurt Eisner

Nr. 14

**Geheimer Beschluss des Ministerrates vom 3. Dezember<sup>1)</sup>**

Es besteht Einverständnis, dass Ministerpräsident Eisner die Beziehungen zum Auswärtigen Amt wieder anknüpft, wenn Solf und Erzberger ausscheiden. Erzberger hat einen Kommissar beigeordnet erhalten.

Nr. 15

**Beschluss des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates Gross-Berlin**

Telegramm<sup>2)</sup>

Berlin, den 3. Dezember

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Gross-Berlin fordert im Einverständnis mit dem Vollzugsausschusse des Arbeiter- und Soldatenrates von Bayern, dass die bereits gestellte Forderung des sofortigen Rücktritts Solfs schleunigst erfüllt wird.

Zweitens, dass an Stelle Solfs ein Mann tritt, der stets Gegner des alten Systems und dessen Kriegspolitik war.

Drittens die Zusicherung, dass Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht mehr teilnimmt.

<sup>1)</sup> Verhandlungsniederschrift des Ministerrats im Ministerium des Aussern.

<sup>2)</sup> Abgedruckt im stenographischen Bericht der 6. Sitzung des Landessoldatenrates.



Nr. 16

**Die Reichsregierung an die Bayerische Regierung<sup>1)</sup>**

Berlin, den 4. Dezember 1918

Der Wunsch der Bayerischen Regierung auf Einberufung einer Konferenz der Vertreter der deutschen Freistaaten nach Jena oder einem anderen zentral gelegenen Ort hat die Reichsregierung in ihrer heutigen Sitzung beschäftigt. Wir sind zu dem einmütigen Beschluss gelangt, von der Einberufung einer solchen Konferenz abzusehen, weil nach unserer Ansicht kein genügender Grund für ihren Zusammentritt vorliegt. Die Reichsregierung hat das Programm ihrer äusseren und inneren Politik in ihren Kundgebungen festgesetzt. Die erste Reichskonferenz in Berlin hat sich mit ihr auf den gleichen Standpunkt gestellt. Auch uns beschäftigt der Gedanke, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Reichsregierung und den einzelnen Freistaaten geschaffen werden muss. Es liegt uns seit einigen Tagen hierzu ein Vorschlag Preussens vor, der gründlich geprüft werden wird. Vor einer Neuregelung der Angelegenheit werden die einzelnen Staaten Gelegenheit haben, ihrerseits Stellung zu nehmen. Die politischen Akten des alten Regimes sind von uns in Verwahrung genommen, und es ist alles geschehen, um Publikationen aus den Archiven mit gründlicher Sorgfalt vorzubereiten. Wegen der Neubesetzung des Auswärtigen Amtes wird im Kabinett beraten.

Die Reichsregierung

Ebert

Nr. 17

**Im Vorparlament**

In den Verhandlungen des provisorischen bayerischen Nationalrates vom 13. bis 18. Dezember bilden die Friedenspolitik des Ministerpräsidenten und seine Aktenveröffentlichung, ähnlich wie bei den vorausgegangenen Tagungen der Räte, einen wichtigen Gegenstand.

Es wird Einspruch erhoben gegen die Vorstellung, dass Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage, und dass man mit einem Schuldbekenntnis die Gegner versöhnlich stimmen könne.

---

<sup>1)</sup> Urschrift im Auswärtigen Amt in Berlin.



Aus der Rede von Professor Dr. Quidde (Stenogr. Bericht der 4. Sitzung vom 17. Dezember 1918):

Als die neue Regierung ins Leben trat, hat uns der Herr Ministerpräsident verkündet, er werde von München aus für das Deutsche Reich den Frieden bringen. In der Proklamation vom 7./8. November hiess es:

„Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt.“

Wenn man heute dieses Wort liest, ich glaube, dann darf man sagen: O, welche Illusion und welche phantastische Idee, hier von Bayern aus dem Deutschen Reiche den Frieden bringen zu können!

Der Herr Ministerpräsident hat uns auch gesagt, dass er durch Verhandlungen mit den Tschechen, durch seine Beziehungen zu der tschechischen Republik uns Vorteile in bezug auf die Kohlenversorgung bringen werde. Wir haben vor wenigen Tagen aus dem Munde des Herrn Ministers Auer gehört, dass sich nichts von dem verwirklicht hat. Ebensovienig hat sich verwirklicht die Hoffnung, durch Fühlungnahme mit Clémenceau über München dem Deutschen Reiche den Frieden bringen zu können. Das sind Illusionen gewesen, Phantastereien gewesen, die beweisen, dass der Herr Ministerpräsident die Tatsachen der auswärtigen Politik nicht nüchtern einschätzen kann. . . .

Es kommt jetzt nicht darauf an, ob von München aus die Idee der neuen demokratischen sozialistischen Republik verkündet wird, dafür geben die Gegner nichts, das ist nicht entscheidend für die Friedensbedingungen. Sie wollen vor sich haben eine verhandlungsfähige Regierung, eine verhandlungsfähige Regierung nicht bloss für Bayern, sondern für Deutschland. Man kann vielleicht den Frieden von München aus anknüpfen, kann nützliche Vermittlungsarbeit leisten, aber den Frieden zu schliessen, dazu bedarf es einer Regierung, die das ganze Deutsche Reich vertritt. Den Gedanken eines Sonderfriedens für Bayern aber weisen wir mit aller Schärfe zurück. Das wäre der Anfang zur Zertrümmerung des Reiches und wir wollen die Einheit des Reiches aufrechterhalten.

Ich habe den Eindruck, der Herr Ministerpräsident hat sich den stärksten Illusionen über die Auffassung im Ententelager hingegeben. Er hat am 15. November gesagt:

„Die leitenden Männer der Entente sprechen nach der Umwälzung anders als zuvor. Der Geist des Patrioten, der die französische Republik leitet, spricht heute mit menschlichem Verständnis und Vertrauen.“

Ich glaube, von diesem menschlichen Verständnis und Vertrauen des Patrioten, der die französische Republik leitet, des Herrn Clémenceau, haben wir bisher verflucht wenig verspürt.



Herr Eisner schüttelt den Kopf, ich habe geglaubt, er würde mir zustimmen, dass er sich getäuscht habe. Wir alle haben Veranlassung, vor der Menschheit Klage zu erheben gegen die Art, wie der Waffenstillstand gegen uns durchgeführt wird, Klage gegenüber dem Friedensprogramm, das von massgebenden Personen in Frankreich in Widerspruch zu den Sozialisten, in Widerspruch zu den Gesinnungsgenossen des Herrn Eisners aufgestellt wird. Ich glaube, es ist ebenso eine Illusion, dass wir bessere Bedingungen bekommen, wenn wir uns selbst recht erniedrigen. Es ist bei vielen jetzt eine förmliche krankhafte Vorstellung, so krankhaft wie die Wahnidee des Militarismus während des Krieges, dass wir im Büssergewande den Feinden gegenüber treten müssten, dass uns das Sympathien verschaffe....

... Es wird einmal eine gründliche Aufklärung geschaffen werden müssen und gründlich im Lande abgerechnet werden müssen. Aber das, meine ich, sollen wir verschieben, bis wir den Frieden haben und volle Ruhe und Ordnung....

Wir sollten in diesen Tagen des schweren nationalen Unglücks, in diesen Tagen, wo die ganze Welt darnach trachtet, uns mit Friedensbedingungen niederzudrücken und wo wir auf der Gegenseite nur eine verhältnismässig kleine Zahl allerdings hoffentlich einflussreicher Personen haben, die an dem Gedanken der Gerechtigkeit festhalten, wir sollten heute stolzer als je und erhobenen Hauptes als Deutsche dem Ausland gegenüber treten. Lassen Sie mich Ihnen das als Pazifist sagen.

Der christliche Gewerkschaftssekretär Schwarzer bemerkt unter anderem (Stenogr. Bericht der 5. Sitzung vom 18. November 1918):

Das einzige, was den Franzosen und unseren Feinden vielleicht noch nicht ganz aus ihrem Gedächtnisse herauszubringen war, das war die Belastung ihres Gewissens, dass auch sie von der Schuld am Kriege jedenfalls nicht ganz freigesprochen werden können....

In diesem Augenblicke des Jubels und des Siegfieorns bringt man dem französischen Volke und unsern Feinden noch das Geschenk der Gewissensentlastung, damit sie sich tatsächlich freuen und sagen können: Wir sind doch die besten und bravsten Menschen der ganzen Welt.

Der mehrheitssozialistische Abgeordnete Eduard Schmid beruft sich auf ein Wort Ledebours im Reichstage, dass die Schuld am Kriege erst nach eingehender Prüfung der gesamten Akten und aller diplomatischen Verhandlungen richtig festgestellt werden könne und fügt an:

Man muss die Geheimakten vergleichen können. Was aus den Geheimakten, die die russischen Bolschewisten veröffentlicht haben,



hervorgegangen ist, hat anders gelauret. Die Bolschewisten haben bewiesen, dass Russland zum Kriege getrieben hat. . . . Wir von unserem proletarischen Standpunkt aus haben auszusprechen: schuld an dem fürchterlichen Morden werden alle Regierungen zusammen sein. . . . Darum wollen wir doch Klugheit in unserer Politik walten lassen und in aller Wahrheitsliebe, die uns beseelt, unsere Schuld im gegenwärtigen Moment nicht noch grösser machen, als sie schon ist; denn nicht die Schuldigen werden büssen, sondern wir, das geplagte, gequälte Volk wird dieses Bad austrinken müssen, das uns die anderen bereitet haben. Darum nach dieser Richtung mehr Vorsicht, Besonnenheit, im Interesse des werktätigen Volkes!

\* \* \*

Aus den Erwiderungen des Ministerpräsidenten (Stenogr. Berichte der 4. und 5. Sitzung vom 17. und 18. November):

Das Auswärtige Amt existiert heute nicht mehr. Es ist ausgeräuchert. . . .

Die auswärtige Politik, die ich treibe, ist nicht ein Originalgedanke von mir. Diese auswärtige Politik beruht auf dem Gedanken, mit dem die internationale Sozialdemokratie geboren wurde. So heisst es in der Inauguraladresse aus dem Jahre 1864 ungefähr, dass die Beziehungen zwischen den Völkern diktiert werden müssen durch dieselben einfachen Gesetze der Ehre und Sittlichkeit, die zwischen den Angehörigen derselben Nation bestehen müssen. Das ist das ganze Geheimnis und die einzigmögliche Fruchtbarkeit auswärtiger Politik. Das erklärt alle meine Massnahmen und alle meine Kundgebungen.

Herr Professor Quidde irrt sich ausserordentlich über den Eindruck, den gerade meine Kundgebungen im Auslande hervorgerufen haben. Ich möchte ihn dringend bitten, mir Beweise dafür zu geben, dass diese Auslassungen nicht zu unseren Gunsten gewirkt haben. Wenn ein englisches antideutsches Blatt von einer moralischen Revolution in Bayern gegen das bisherige System sprach, wenn es davon sprach, dass die bayerische Revolution nicht hervorgerufen sei durch Lebensmittelnot oder durch den militärischen Zusammenbruch, sondern durch eine moralische Auflehnung gegen das alte System, so frage ich den Herrn Vorredner, ob das zu unseren Gunsten oder zu unseren Ungunsten ist. Wir haben gegenwärtig keine andere Einwirkung auf das Ausland als moralische Einwirkung. . . .

Wir haben immer noch nicht ganze Arbeit geleistet. Noch leben die Agenten in Bern, noch arbeiten sie, das Werk ist noch nicht getan, aber wir werden es fortsetzen und fortsetzen werden wir auch den Kampf um die Wahrheit über den Krieg, da können wir



nicht warten bis zum Frieden; denn diese Wahrheit ist die Vorbedingung jenes Vertrauens, das Herr Dr. Quidde am Schlusse seiner Rede als Grundlage des Völkerlebens gepredigt hat. Ich hoffe, dass die Urkunden bald von Berlin aus kommen werden; sie werden reinigend wirken und wir von Bayern aus könnten sie ja dann vielleicht ergänzen, auf sehr interessante Weise ergänzen.

\* \* \*

Es ist selbstverständlich Pflicht jeder revolutionären Regierung, dass sie das System der früheren Regierung entlarvt. Noch niemals hat eine revolutionäre Regierung darauf verzichtet. Die Aktenstücke der deutschen Regierung werden vollständig in allernächster Zeit veröffentlicht werden . . . Ob die Wahrheit nützt oder schadet, die Wahrheit muss gesprochen werden . . . Man soll nicht damit arbeiten, dass, wenn wir die Wahrheit über uns selbst sagen, es draussen unangenehm berührt. Die Aktenveröffentlichung hat — und dafür könnte ich Ihnen bergehohes Material vorlegen —, wenn überhaupt irgend etwas günstig für uns gewirkt hat, günstig gewirkt . . . Wenn man diese weitzurückliegenden Ursachen (des Weltkrieges) erörtert, kann man vielleicht bis 1813/15 zurückgehen. Darum handelt es sich nicht, wenn man die Frage der Kriegsschuld betrachtet, sondern nur darum, wer hat die Verwegenheit besessen, in einer explosiven Welt den Funken hineinzuwerfen und anzuzünden.

Darum handelt es sich und darüber ist gar kein Zweifel. Noch niemals ist die Ursache eines Krieges, der unmittelbare Anlass, die unmittelbare Herbeiführung eines Krieges so klar gewesen wie in diesem Kriege. Die ganze Welt weiss es, jedes neutrale Land . . .

Man wirft uns aber vor, dass wir in Deutschland, die Schuldigen des Krieges, die Alten geblieben seien, dass das neue System noch die Verantwortung übernimmt für das alte, und das wäre unser letztes Verderben, wenn wir diese Schuld auf uns lasten lassen wollten; deshalb ist Reinigung, Entsühnung die erste Forderung der Politik. Was hat man denn in der Hetzpresse des Auslandes von unserer Revolution gesagt? Immer nur: „Diese Revolution ist ja gar nicht wahr, die ist Schwindel, sie ist gemacht worden von den Herrschenden von gestern, nur um die Völker des Auslandes zu betrügen.“ Die herrschenden Hetzer im Auslande fürchten sich vor ihren Völkern und deswegen sollen die fremden Völker nicht Vertrauen zum neuen deutschen Volke bekommen. Unsere Aufgabe ist es, dieses Vertrauen zu verdienen und zu erarbeiten. Darum handelt es sich und wer recht behält, das wird die Zukunft beweisen.



### Der Gesandte in Bern an den Ministerpräsidenten

Bern, den 22. Dezember 1918

Hochgeehrter Herr Ministerpräsident!

Zunächst möchte ich berichten, dass ich die telegraphisch erhaltene Weisung betreffend Wahlerlaubnis<sup>1)</sup> in den besetzten Gebieten der Pfalz sofort an das politische Departement der Eidgenossenschaft zur Weiterleitung nach Paris gesandt habe. Antwort ist noch nicht eingetroffen. Ebenso habe ich einem nach Paris gehenden Vertrauensmann der dortigen Regierung eine eingehende Information über das positive Wirken unserer Arbeiter- und Soldatenräte mitgegeben. Doch scheint man gerade in Frankreich sehr die ansteckende Wirkung dieser revolutionären Instanzen auf die besetzenden Truppen zu fürchten.

Die Einreiseerlaubnis für Herrn W. Franke wurde beantragt.

In meinem letzten Briefe stellte ich in Aussicht, dass es nicht ausgeschlossen sei, dass der bereits in meinen früheren Berichten erwähnte<sup>2)</sup> ganz persönliche Vertrauensmann Clémenceaus nach München käme. Um jedes Missverständnis auszuschliessen bemerke ich, dass es sich hierbei nicht um einen von Clémenceau ausgehenden Antrag handeln würde, genau so wenig wie das in den bisherigen Unterredungen des Betreffenden mit mir der Fall war, sondern einfach darum, dass der Erwähnte, wahrscheinlich sogar ohne Wissen Clémenceaus, ganz als Privatmann zum Zwecke zuverlässigster Information nach München käme. Es scheint jedoch, dass diese Möglichkeit zurzeit etwas in die Ferne gerückt ist, weil allen meinen Eindrücken nach auf Seite der Entente-Leute die Parole ausgegeben ist, zunächst Besprechungen mit deutschen Vertretern aus dem Wege zu gehen, bevor nicht in Paris allgemeine Richtlinien für die weitere Behandlung der deutschen Frage zwischen den beteiligten Staatsmännern vereinbart worden sind. Auch der übermässige Zudrang aller möglichen deutschen Elemente, die seit einigen Wochen hier an den Entente-Gesandtschaften antichambrieren, mag zu der erwähnten reservierten Haltung beigetragen haben. Hingegen scheint man sich mehr und mehr dahin zu entscheiden, dass von offiziellen und inoffiziellen Vertretern der Entente-Mächte Deutschland bereist

<sup>1)</sup> Telegramm des Ministerpräsidenten vom 17. Dezember 1918:  
Bitte Entente den Wunsch zu übermitteln, dass sie in der Pfalz Wahlbewegung und Wahlen für Nationalversammlung zum 12. Januar ermöglicht.

Kurt Eisner

<sup>2)</sup> Siehe III, 11.



werden solle, damit zuverlässige Informationen als Unterlage der Ernährungsaktion und besonders der Kreditgewährung gewonnen werden. Heute war der ganz offizielle Kommissär der amerikanischen Regierung, Mr. Draesel, bei mir, der zunächst nach Berlin geht und sich dann in München bei Ihnen melden wird. Er ist sozusagen ein Vorbote der Ernährungskommission, er will wissen, ob eine stabile Regierung in Deutschland zu erwarten ist. Es wird gut sein, ihn auch mit Herrn Eiffe bekannt zu machen und ihn ferner einmal am Nachmittage durch die ärmeren Quartiere Münchens führen zu lassen.

Soeben teilt mir Mr. Draesel mit, dass er doch lieber zuerst nach München gehen will, womöglich schon Donnerstag. Es ist in diesem Falle unbedingt notwendig einen Sonderzug bereitzustellen, denn von solchen Besuchen hängt jetzt Deutschlands Leben und Sterben ab. Da Mr. Draesel auch nach Berlin geht, so ist es ja nur in der Ordnung, dass Berlin sich beteiligt. Alles Nähere wird telegraphisch angemeldet werden.

Neben dem Vertreter des Progrès de Lyon, der schon bei Ihnen war, haben sich heute für die Reise nach München zwei höchst intelligente und objektiv urteilende französische Journalisten gemeldet: M. de Kucharski (Matin) und Marcel Rey, die von München nach Prag weiterreisen wollen. Die Herren werden sich sofort bei Ihnen melden. Es wäre gut, sie an Versammlungen teilnehmen zu lassen, sie verstehen und sprechen gut deutsch.

In bezug auf die allgemeinen Absichten der Entente-Völker gegenüber Deutschland glaube ich folgendes feststellen zu können: Frankreich ist noch von völligem Misstrauen erfüllt: Greift kein Militär ein, so heisst es: voilà l'anarchie et le bolschévisme — wird mit Truppen gedroht, so heisst es: voilà la contre-révolution! Der Franzose, der von der Idee ausgeht, vermisst bei uns noch jede Spur von „repentir“ und glaubt daher an keine gründliche Umkehr. Die Leitartikel des „Temps“ bestätigen das immer wieder. Ich zitiere folgende treffende Worte aus dem „Temps“ Nr. 20 979 in bezug auf Eberts Rede zu den Truppen:

L'hiver dernier le prince Max affectait de dire qu'il fallait remettre en honneur le Sermon de Montagne. Il a oublié ce projet quand il a passé au pouvoir, mais son successeur a depuis un an l'occasion d'accomplir son voeu. Ce serait bien le moment de prêcher en Allemagne un retour à la morale chrétienne, ou bien à la morale tout court. Ce serait le moment d'expliquer à ces adorateurs du dieu Thor et du demi-dieu Bismarck que la défaite doit être la source du repentir et que le repentir est le seul chemin de la réhabilitation.

Die Aufklärungspropaganda in bezug auf die Schuldfrage ist aus diesem Grunde höchst wichtig. Für Frankreich ist ein neuer Geist in Deutschland weit entscheidender als neue Institutionen.



Ich möchte deshalb sehr befürworten, dass man den Herren von der Freien Zeitung, die in der Schuldfrage ganz ausgezeichnet gearbeitet haben, ihre Absichten in Deutschland möglichst erleichtert.

Die Amerikaner fragen weniger nach der Schuldfrage, ihnen kommt alles auf die praktische Frage an, ob sich bei uns eine wirklich demokratische Regierung mit vollkommener Ordnung durchsetzen kann, so dass die Lebensmitteltransporte nicht in ein Chaos hineinkommen. Es werden keine Abmachungen stattfinden, bevor über diesen Punkt keine zuverlässigen Informationen vorliegen. Daher ist die Mission des Mr. Draesel in bezug auf die materielle Versorgung Deutschlands ganz entscheidend.

Was England betrifft, so scheint es mir nach vielen Informationen, als ob dort eine neue Orientierung in bezug auf Deutschland zum Durchbruch käme, die möglicherweise auch in Kapitalanlagen grossen Stils — schon um uns nicht ganz in amerikanische Abhängigkeit zu bringen — ihren Ausdruck finden könnte. Damit hängen viele an mich gelangende Anfragen von englischer Seite zusammen in bezug auf die baldige Möglichkeit geordneter Zustände in Deutschland. Mr. Henderson war kürzlich in Genf; ich konnte Informationen beruhigender Art in bezug auf die Konsolidierung der Ordnung in Deutschland in seine Hände gelangen lassen.

Ein Mitglied der Independant Labour Party, Member of Parliament, schrieb mir von London aus einen Brief, dessen Kopie ich beilege. Diesen Brief darf ich wohl ganz besonderer Vorsicht empfehlen, damit nichts daraus in die Zeitungen komme<sup>1)</sup>.

Als meine Hauptaufgabe betrachte ich hier, durch Exposés, die ich in die mir zugänglichen Kreise der Entente gelangen lasse, sowie durch mündliche Informationen das Vertrauen zur deutschen Ordnung und zu allmählichem Durchbruch der Wahrheit zu stärken...<sup>2)</sup>

Fr. W. Foerster

<sup>1)</sup> Der Brief stammte von Stephen Sanders, Sekretär der Fabian-Gesellschaft und gab der Befürchtung Ausdruck, dass eine Reichsregierung mit Scheidemann, Ebert und Landsberg, aber ohne Ledebour und Liebknecht zwar neue Männer aufweise, dass aber die alten Methoden geblieben seien.

<sup>2)</sup> Es folgen noch Mitteilungen über den deutschen Handelsverkehr und die Tätigkeit deutscher wilder Aufkäufer in der Schweiz, wovon der Gesandte warnt.



**Aus dem Begleitschreiben Foersters zu handelspolitischen Berichten der Berner Gesandtschaft<sup>1)</sup>**

Bern, den 22. Dezember 1918

Was den Vorschlag des Herrn Dr. Lindner hinsichtlich einer bayerischen Ausfuhrzentrale betrifft, so wäre eine baldige Verwirklichung schon deshalb wünschenswert, damit von da aus eine Handhabe gegeben würde, die Präsidialmacht Berlins ganz konkret-praktisch auszuschalten. Da Erhaltung und Ausbau der Reichseinheit schon aus ökonomischen Rücksichten ganz unentbehrlich ist, so wird die blossе Betonung der Sonderrechte der Bundesstaaten gar keinen greifbaren Effekt haben. Es kommt darauf an, durch föderative Zusammenfassung aller Sonderinteressen eine neue Reichsinstanz zu schaffen, der sich dann die Berliner Zentralen als dienende Organisationen zu unterwerfen hätten. Dies könnte so geschehen, dass Bayern die Gründung von Ausfuhrzentralen im ganzen Reiche anregt, worauf dann diese Zentralen eine Oberinstanz in Frankfurt, Hamburg oder Berlin schaffen müssten, die an die Stelle einer jetzt etwa in Berlin entstehenden bürokratischen Reichsexportstelle zu treten den Anspruch erheben müsste. An ein solches Vorgehen, das eine symbolische Bedeutung haben würde für den Weg, der auf allen Gebieten gegangen werden müsste, um die Föderativzentrale an die Stelle der Berliner Hegemonie zu setzen, könnten sich dann die verschiedensten anderen Versuche anschliessen, die Sonderinteressen zur Geltung zu bringen, sie aber zugleich der Reichseinheit zu unterwerfen. Es ist zweifellos, dass uns auf diesem Wege die deutschen Hansastädte ganz besonders lebhaft entgegenkommen und uns durch ihre überragende kommerzielle Erfahrung in den Stand setzen würden, dem von Berlin ausgehenden Zentralismus wirksam zu begegnen.

Auch wenn uns gerade auf dem Boden der Nationalversammlung eine neue Reichseinheit begründet wird, ist es von grösster Bedeutung, dass jene neue Zentrale von beratenden und kontrollierenden Körperschaften umgeben sei, die auf dem Prinzip des föderativen Zusammenwirkens der verschiedenen geschichtlichen Lebenskreise aufgebaut sind und dadurch ein Gegengewicht gegen die Gefahren einer zentralistischen Bürokratie bieten.

Fr. W. Foerster

---

<sup>1)</sup> Siehe V, 18, Anm. 2.



**Badisches Ministerium des Äusseren an das  
Ministerium des Äusseren in München**

Karlsruhe, den 27. Januar 1919

Nach zuverlässigen Informationen, die wir aus der Schweiz erhalten haben, ist der Einfluss des Deutschen Reiches dort deswegen so gering, weil die Gesandtschaft auf der einen Seite nicht so arbeitet, wie sie sollte und weil sie auf der anderen Seite insbesondere durch die bayerische Sondergesandtschaft gehindert ist. Neuerdings hat Bayern auch eine Handelsabteilung eingerichtet, die ohne jede Verbindung bisher mit der Handelsabteilung des Deutschen Reiches stand. Wenn die Schweiz auch mit dieser Handelsabteilung arbeitet, so hat das getrennte Vorgehen doch zur Folge, dass gegebenenfalls der eine gegen den andern ausgespielt wird oder die Massnahmen des einen die des andern durchkreuzen. Will Deutschland im Auslande überhaupt wieder zu Ansehen kommen, und hier kommt zuerst in Betracht das neutrale Ausland, so muss es nach aussen hin seine Einheit dokumentieren, und das geschieht dadurch, dass nicht die verschiedenen Bundesstaaten im Auslande auf eigene Faust handeln, sondern dass für sie und damit für das Reich die deutsche Gesandtschaft und deren Organe handeln.

Dieser Gedanke ist übrigens auf der Stuttgarter Konferenz anerkannt worden und das sollte gefördert werden durch die süddeutsche Kommission, die bis heute nicht zustande gekommen ist. Will man sie nicht, so muss man aber in vollem Umfang das Reich gelten lassen und sich dessen Vertretung bedienen, wenn man im Auslande etwas will. Wir möchten daher nochmals die dringende Bitte stellen, Sonderaktionen im Auslande zu unterlassen und entweder das Reich wieder in alle seine Rechte einzusetzen oder aber ein gemeinschaftliches Handeln der vier süddeutschen Staaten durch Schaffung der süddeutschen Kommission zu sichern.

---